



Im Kinderzoo in Rapperswil kann man sich über herzigen Nachwuchs freuen.

RAPPERSWIL-JONA

Seelöwe erblickt das Licht der Welt

Pauline, die vierzehnjährige Seelöwenkuh von Knies Kinderzoo Rapperswil, hat letzte Woche ihr zweites Jungtier geboren. Die Geburt verlief absolut problemlos. Seinem natürlichen Instinkt folgend, trank der Kleine bereits nach rund drei Stunden zum ersten Mal die überlebenswichtige Muttermilch, welche in den ersten drei Monaten die Hauptnahrungsquelle sein wird. Pauline erweist sich als fürsorgendes Muttertier und lässt es auch zu, dass sich die Seelöwen-Trainer und das Veterinär-Team um den Nachwuchs kümmern können. Die Namensgebung wird in den nächsten Tagen durch die Eigentümer – The Duss Family Sealions – bestimmt.

Seit letztem Montag kann das Seelöwenbaby im Aussenbereich – zusammen mit seiner Mutter – bestaunt werden. (on)

KANTON SCHWYZ

Tschümperlin als Ständerat?

Der SP-Fraktionschef und Nationalrat Andy Tschümperlin überlegt sich, ins Rennen um einen Ständeratssitz einzusteigen. Er wird das «in den nächsten Monaten» mit seiner Partei besprechen. «Es kann ja nicht sein, dass mein Kanton von zwei SVP-Ständeräten vertreten wird», meinte Tschümperlin gegenüber dem «Boten der Urschweiz». (on)



Könnte sich vorstellen, für den Ständerat zu kandidieren: Der SP-Nationalrat Andy Tschümperlin.

OBERSEE

Kitesurfer werden politisch aktiv

Die Regierungen von Schwyz, St. Gallen und Glarus befassen sich derzeit mit dem Kitesurfen. Der Grund: Mit der überarbeiteten Binnenschiffahrts-Verordnung wurde das Kitesurfverbot aufgehoben. Der Buttiker Profi-Kitesurfer Ronny Bollhalder ist nun im Namen seines Dachverbands politisch aktiv geworden: Er hat zusammen mit anderen Kitesurfern ein Konzept für den Obersee und den Walensee bei den drei betroffenen Kantonen eingereicht. Das Dossier soll den zuständigen Gremien Unterstützung bei der Umsetzung kantonaler Rechtsgrundlagen bieten. (on)

KANTONSSCHULE TOGGENBURG – LINTH

Amtsgeheimnis-Verletzung: Kanti-Debakel geht weiter

Der Kanti-Entscheid ist um eine Posse reicher. Im April wurde durch eine Indiskretion bekannt, dass eine Studie Uznach als besten Standort für die neue Kanti erkoren hat. Nun weiss man: Die Amtsgeheimnis-Verletzung hat ein Toggenburger Gemeindepräsident begangen. Das wirft neue Fragen auf und zeigt ein weiteres Kunststück des Bildungsdirektors.

Die Staatsanwaltschaft in Uznach hat einen Gemeindepräsidenten aus dem Toggenburg wegen Amtsgeheimnis-Verletzung zu 1000 Franken Busse verurteilt. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes bleibt sein Name (noch) geheim.

Letzten April übergab der Fehlbarer «Ostschweiz am Sonntag» geheime Regierungsinformationen. Sie enthielten das Ergebnis einer Standortanalyse, die der St. Galler Regierungsrat in Auftrag gegeben hatte und die zum Schluss kam, Uznach sei der bessere Kanti-Standort als Wattwil. Ausserdem wurde der Inhalt einer Mail von Regierungsrat Benedikt Würth an die Regierung öffentlich, in der er diese scharf kritisierte.

Brisante Fragen

Mit dem nun bekannt gewordenen Urteil stellen sich neue Fragen: Welcher Toggenburger war interessiert, derartige Infos an eine Zeitung zu geben?



Empört:

Yvonne Suter

Die Abwahl wäre ihm gewiss. Was also war seine Motivation?

Noch viel brisanter ist: Von wem bekam der Toggenburger die Regierungspapiere? Und warum hat die Regierung

Denn, dass das Linthgebiet für die neue Kanti geeigneter sei als das Toggenburg, kann nicht im Interesse des Toggenburgers sein. Er wollte kaum dem Toggenburg schaden – die Abwahl wäre ihm gewiss.



Missmanagement der St. Galler Regierung vom Feinsten – bei der Kanti Wattwil ist alles unklar: Darf der Bau abgebrochen werden, wo soll er neu entstehen, gibt es in Wattwil in Zukunft genügend Schüler, dürfen Studenten aus Rapperswil-Jona nach Pfäffikon SZ und wer hat geheime Dokumente ins Toggenburg geliefert?

nicht die ganze Wahrheit auf den Tisch gelegt? Denn erstens ist klar, dass der Toggenburger der Staatsanwaltschaft ausführen musste, woher er die Dokumente bekommen hatte. Und zweitens wird sowieso bekannt, wer es war. Die «Südostschweiz» kam der Sache schon auf die Spur. Die Präsidenten von Ebnet Kappel, Bütschwil-Ganterschwil und Lichtensteig führten gegenüber der Zeitung aus, sie hätten den Verrat nicht begangen. Ferienbedingt noch nicht geantwortet hat der Wattwiler Alois Gunzreiner. Zudem hat Kantonsrat Nils Rickert beim Untersuchungsamt Uznach Akteneinsicht verlangt.

Sprachloses Linthgebiet

Die sich für den Standort Linthgebiet stark machende Kantonsrätin Yvonne Suter aus Rapperswil-Jona spricht Klartext: «Die Erkenntnis, dass die Regierung nicht sauber spielt, wird nichts daran ändern, dass wir weiterhin für den Standort Uznach kämpfen.» Es

lasse tief blicken, sagt sie, wenn die Toggenburger Gemeindepräsidenten in engem Austausch mit der Regierung



Sprachlos:

Peter Göldi

Und Peter Göldi, Vizepräsident der Linthgemeinden, sagte gegenüber der «Südostschweiz», er sei «sprachlos», dass bei der Kanti «mit solchen Bandagen» gekämpft werde.

Köllikers Dauerzufriedenheit

Im Zuge der Bekanntgabe, dass ein Toggenburger Gemeindepräsident Amtsverrat begangen hat, legte Bildungschef Stefan Kölliker einen weite-

ren Meilenstein dieser Geschichte hin. Der «Ostschweiz am Sonntag» sagte er am letzten Wochenende, es bestehe kein Grund, an der «offenen und transparenten Kommunikation» der Regierung zu zweifeln. Der Mann hat Ner-

stunden, während das Linthgebiet «ignoriert» werde. Das Linthgebiet sei «ernüchtert, mit welchen falschen Karten» die Regierung spiele.



Zufrieden: Stefan Kölliker

ven! Und die St. Galler Regierung scheint immer noch nicht zu glauben, dass ein Konstrukt auf tönernen Füßen nie stabil wird.

Bruno Hug

Der Werdegang des Kanti-Debakels

- April 2009: Die St. Galler Regierung will am Kanti-Standort Wattwil festhalten, die Gebäude sanieren und sagt, eine Zusammenarbeit mit Schwyz für das Linthgebiet sei unnötig.
- 2013 verkündet sie, die Kanti Wattwil müsse abgebrochen werden. Das Linthgebiet, das zwei Drittel der Schüler in Wattwil stellt, verlangt eine Standortanalyse für die neue Kanti.
- Ende 2013 zieht die St. Galler Regierung vors Bundesgericht, um einem Schüler aus dem Linthgebiet den Kantibesuch in Pfäffikon SZ zu verbieten. Das Linthgebiet verlangt nun doppelt eine Standortanalyse. Die Regierung weigert sich.
- Im Februar 2014 sagt Bildungschef Kölliker, man habe nun doch eine Analyse in Auftrag gegeben. Tage später sagt er, die Regierung «stehe nach wie vor zu Wattwil» und macht die eigene Analyse zur Farce.

- Die Gemeindepräsidenten des Linthgebiets verlangen in zwei Briefen dessen Einbezug in die Kanti-Evaluation. Und Schwyz bietet Synergien mit Pfäffikon an. St. Gallen antwortet beiden nicht.
- Mitte April 2014 wird eine interne E-Mail von Regierungsrat Würth bekannt, in der eine Studie zitiert ist, die den Standort Uznach vorschlägt.
- Am 7. Mai 2014 entscheidet sich die Regierung für Wattwil. Jedoch müsse noch geklärt werden, ob der heutige Bau geschützt sei, ob für Rapperswil-Jona eine Zusammenarbeit mit Pfäffikon SZ möglich sei und was die Konsequenzen für Wattwil wären. Die Regierung fällt also den Kanti-Entscheid ohne Grundlagenwissen.
- Anfang Juli beantwortete die Regierung einen Kantonsrats-Vorstoss zur Kanti. Wiederum bestätigt sie Wattwil, obwohl die Grundlagen noch nicht vor-

liegen. Es kommen aber neue Fakten auf den Tisch: Von 105 Kanti-Lehrern wohnen nur 21 im Toggenburg. Die Kanti bringt dem Toggenburg also weniger als gesagt wird. Noch gravierender ist die Bevölkerungsentwicklung: 1960, als die Kanti entstand, hatte das Linthgebiet 35 000 Einwohner, das Toggenburg 45 000. Im Jahr 2040 aber werden an der Linth rund 70 000 Menschen leben, im Toggenburg dagegen noch gut 40 000.

Die Schülerzahlen werden somit noch weiter auseinanderdriften. Umgekehrt kämpft die Kanti Wil um Schüler aus dem Toggenburg, weil Wil bald zu wenig Schüler hat. Wattwil kommt also immer mehr in Bedrängnis. Alles spricht somit fürs Linthgebiet, während sich die Regierung immer verzweifelter an ihre wohl an die Toggenburger abgegebenen Versprechen klammert.

Bruno Hug

KANTON SCHWYZ

Die Asylzentren sind rappend voll

Immer mehr Menschen, vor allem aus Eritrea und Syrien, suchen Schutz in der Schweiz. Die Schwyzer Durchgangszentren stossen deshalb an ihre Grenzen. «Morschach, Grünenwald und Küsnacht sind bis unter das Dach besetzt», sagt Markus Blättler, Vorsteher des Amtes für Migration dem «March-Anzeiger».

Dabei will der Bund 80 bis 100 zusätzliche Asylsuchende im Kanton Schwyz unterbringen. Nun sollen die Gemeinden mehr Platz bereitstellen. Blättler hat die Gemeinden per Brief dazu aufgefordert.

Weil das noch nicht ausreicht, prüft der Vorsteher des Migrationsamts, ob er bei der Regierung eine höhere Auslastungsquote beantragen will. «Damit müssten die Gemeinden mehr Asylbewerber aufnehmen», sagt Blättler. Er sei zuversichtlich, dass sie Lösungen finden würden. (on)